

vom 04.06.08

63 Jahrgang, Nr. 128 / 2008

Ausgabe CA - Andernach

Bürger für Amt am Ort

Forderung im Zuge der Reformpläne des Landes

Knapp 40 Jahre nach der letzten großen Gebietsänderung im Land laufen die Vorbereitungen für eine neue Kommunal- und Verwaltungsreform. Bevor jedoch die Politik am Zug ist, sind die Bürger gefragt – nach den Landeskindern, die ohnehin mitreden wollten, nun auch solche, die unverhofft eingeladen worden sind.

RHEINLAND-PFALZ. Die Bürger wollen bei der anstehenden Kommunal- und Verwaltungsreform auf ihre ortsnahe Verwaltung nicht verzichten. Dies ist eine der Lehren, nachdem fünf Bürgerkongresse im Land gelaufen sind und nun die Diskussion auf der nächsten Ebene der Bürgerbeteiligung begonnen hat. In Vallendar brütet bis Freitag eine „Planungszelle“ mit Teilnehmern aus allen gesellschaftlichen Gruppen, die nach dem Zufallsprinzip eingeladen worden sind.

Die Ergebnisse der Planungszone werden ebenso wie die der Bürgerkongresse in einem Gutachten zusammengefasst, das dem Landtag im September vorgelegt wird – und mehr als ein Feigenblatt sein soll. So nennt Ministerpräsident Kurt Beck „eine intensive Bürgerbeteiligung unabdingbar, um eine von einer breiten Mehrheit akzeptierte und nachhaltige Regelung zu finden, die möglichst 30 Jahre Bestand hat.“

Und dabei wurde ein entsprechender Vorstoß angenommen. Die zur Abstimmung gestellte Idee schloss dabei auch flexible Lösungen ein. So heißt es darin: „Die Verwaltung könnte beispielsweise mittels eines Bürgerbusses, der wie ein Bäcker oder Fleischer über Land fährt, in der Region Präsenz zeigen.“

Auch auf dem vorherigen Bürgerkongress in Lahnstein war die Forderung nach einer möglichst bürgernahen Verwaltungsstruktur deutlich geworden. So bewerteten die Teilnehmer kleine, übersichtliche und bürgernahe Verbandsgemeinden und Kreise als eines ihrer wichtigsten Anliegen. Bejaht wurde auch die Aufteilung in Orts- und Verbandsgemeinden. Nur die Zusammenarbeit zwischen Orts- und Verbandsgemeinden sowie dem Kreis wurde kritisiert.

Debattiert werden in den Planungsgruppen vor allem die Themen, die sich bei den vorherigen Bürgerkongressen als dominant herausstellten. Neben der Forderung nach einer bürgernahen Verwaltung sind dies eine mögliche Änderung bei den Gebietsgrößen sowie neue Aufgaben für die Kommunen. Außer in Vallendar tagen Planungsgruppen in Pirmasens und Prüm. In den Planungsgruppen debattieren je 50 Bürger, an den Bürgerkongressen beteiligten sich rund 1500 Rheinland-Pfälzer. (pka)